

N I E D E R S C H R I F T

über die 30. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	06.03.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:05 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Boller, Joachim
Dreisbach, Jürgen
Elter, Uwe
Fries, Traute
Holzäpfel, Dr., Heinz
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Moll, Ilona
Mues, Gunter
Otto, Günter - für Stv Bertelmann, Hans-Günter
Panthöfer, Ulrich - für Stv Schulte, Werner
Rothenpieler, Wilhelm
Schiemer, Hansgeorg - ab TOP 5 nöT
Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

III. Vom Personalrat:

VA Fronius

IV. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Kühn
Städt. VD Lehmann
Städt. VR Dorsch
Städt. VR Weber
VA Schneider
Dipl.-Ing. Weidt
Städt. VR Schneider
Städt. VR Reisch
Dipl.-Ing. Krieger
Städt. VR Sondermann
VA Weber
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Bertelmann, Hans-Günter
Schulte, Werner
Dr. Stötzel, Wolfgang

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um Punkt 4.2 im öffentlichen Teil und Punkt 6.5 im nichtöffentlichen Teil erweitert.

Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Punkt 3 des nichtöffentlichen Teils in öffentlicher Sitzung zu behandeln wird einstimmig zugestimmt.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Boller bestimmt.

30. HFA 06.03.2002

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 30.01. und 13.02.2002

Bezug nehmend auf die Niederschrift vom 13.02.2002, TOP 6.2 - Stellenplan - weist Herr Kirchhöfer darauf hin, dass unter dem Antrag der SPD-Fraktion die Einrichtung von zwei befristeten Stellen in der Abteilung Hochbau ergänzt werden muss.

Die Niederschriften werden unter Berücksichtigung v. g. Ergänzung bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

30. HFA 06.03.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

30. HFA 06.03.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Wohnentwicklungsbereich Oberer Wellersberg

- Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2002

Herr Kirchhöfer weist darauf hin, dass eine Änderung der Planung auch Auswirkungen auf das Wohnbauflächenkonzept hat und durch eine entsprechende Entscheidung des Rates dokumentiert werden sollte.

Für Herrn Boller ist die Antragsbegründung nicht ausreichend für eine Entscheidung. Seines Erachtens sollten zunächst die neuen Planungen der DRK-Kinderklinik in den Gremien vorgestellt werden. Erst dann können die planerischen Veränderungen in diesem Bereich und sowie der Erhalt des Spielplatzes und des Bolzplatzes am derzeitigen Standort oder eine Verlagerung beurteilt werden.

Herr Schneider merkt an, dass die Planung für den Bereich Oberer Wellersberg im Wohnbauflächenkonzept an oberste Priorität gesetzt wurde. Eine positive Beschlussfassung über den Antrag hätte eine völlig neue Situation zur Folge, die in den zuständigen Gremien zu beraten ist.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Ergänzung bzw. Abänderung der Vorlage Nr. 1536/01 - Wohnbauentwicklungsbereich Oberer Wellersberg - folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der Plan, auf der Konversionsfläche im Bereich der ehemaligen Kasernen Wohnbauten zu errichten, wird nicht weiter verfolgt.
2. Der vorhandene Kinderspielfeldplatz sowie die Sportanlage bleiben möglichst am jetzigen Standort erhalten.

Die überarbeitete Planung wird folgenden Gremien vorgelegt:

- Bauausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Rat

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (5 Stimmen dagegen - SPD, Grüne),
0 Enthaltungen**

30. HFA 06.03.2002

4.2. Ev. Nikolai-Kirche Siegen - Sanierung der Außenfassade des Turmes

- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2002

Herr Mues erläutert ergänzend, dass nicht nur das Krönchen, sondern auch der Kirchturm als historisches Wahrzeichen der Stadt Siegen gilt. Daher wird vorgeschlagen, einen Zuschuss zu den Instandsetzungskosten zu gewähren. Die Finanzierung sollte aus der Zahlung der ECE-Projektgruppe für die nicht ausgeführte Fassadengestaltung an der City-Galerie erfolgen. Er betont, dass die Beteiligung der Stadt Siegen keinesfalls als Unterstützung der Kirchengemeinde zu verstehen ist.

Herr Kirchhöfer gibt zu bedenken, dass ein Präzedenzfall geschaffen werden könnte. Er bittet, wie bei der Gewährung städtischer Zuschüsse üblich, die Kostenkalkulation vorzulegen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt den Vorschlag ab, so Herr Boller, da damit ein Präzedenzfall geschaffen wird. Im Übrigen hatte sich der Ältestenrat zunächst auf eine andere Verfahrensweise verständigt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, zur Sanierung der Außenfassade des Kirchturms an der Nikolaikirche einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt aus der Zahlung der ECE-Projektgruppe für die Nichtausführung der Fassadengestaltung an der City-Galerie.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme Grüne),
2 Enthaltungen (SPD)**

30. HFA 06.03.2002

5. Errichtung einer neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz
- Vorstellung der Baupläne -

Vorlagennr. 1633/2001, 1633/2001 A und 1730/2002 - Vorlagen vom 10.12.2001, 08.01.2002 und 06.02.2002

Herr Mues hält fest, dass sich die Kritik der CDU-Fraktion nicht gegen die Einrichtung selbst richtet, sondern ausschließlich gegen die erhebliche Kostensteigerung. Der aktuelle Vorschlag liegt weit über dem vom Rat festgelegten Rahmen. Die Argumentation, dass nunmehr auf Grund der höheren Kosten auch ein höherer Zuschuss gewährt werden kann und sich dies letztlich positiv auf den Stadtanteil auswirkt, ist nicht akzeptabel. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass eine weitere Kostensteigerung ausgeschlossen ist. Festzuhalten ist auch, dass eine Inanspruchnahme von Flächen über die jetzige Grundstücksfläche hinaus nicht in Betracht kommt.

Herr Kirchhöfer fühlt sich bei nachträglicher Betrachtung hinsichtlich der seinerzeitigen Kostenangaben getäuscht und bringt sein Missfallen zum Ausdruck. Die SPD-Fraktion befürwortet nach wie vor die Maßnahme als solche und wird dem Vorschlag zustimmen. Eine Realisierung sollte im Jahr 2003 erfolgen. Er teilt die Auffassung, dass eine weitere Inanspruchnahme des Bertramsplatzes nicht in Betracht kommt und die Neugestaltung der Platzfläche nicht zur Disposition steht.

Herr Boller bemängelt die schleppende zeitliche Umsetzung und erinnert daran, dass vor 5 Jahren bei der Aufgabe des Hauses der Jugend ein schneller Ersatz für dieses Angebot zugesagt wurde. Nunmehr soll eine Umsetzung schnellstmöglich erfolgen.

Die F.D.P.-Fraktion wird sich dem Projekt grundsätzlich nicht verschließen, so Herr Walter. Zukünftig wird eine Zustimmung bei ähnlichen Maßnahmen nur dann erfolgen, wenn die Kosten genau bekannt sind. Die Erwartung höherer Landeszuweisungen kann nicht als Argument angeführt werden, da alle öffentlichen Mitteln sparsam eingesetzt werden müssen.

Herr Bürgermeister Stötzel weist hinsichtlich der Finanzierung darauf hin, dass der erste Bewilligungsbescheid vorliegt, der zweite jedoch erst nach Genehmigung des Landeshaushaltes zu erwarten ist. Dem vorzeitigen Maßnahmebeginn wurde zugestimmt. Er schlägt vor, nun nahezu alle Gewerke zusammen auszuschreiben, um eine größtmögliche Kostensicherheit zu erhalten. Vor Vergabe der Aufträge muss jedoch die Finanzierung sicher gestellt sein.

- ◆ Es besteht Konsens dahingehend, dass
 - eine weitere Kostensteigerung nicht akzeptiert wird und
 - eine über die Grundstücksfläche hinausgehende Inanspruchnahme des Bertramsplatzes nicht in Betracht kommt.

Beschluss (mit Ergänzung):

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der sich auf Grund der Kinder- und Jugendbeteiligung neu ergebenden Planung für das Gebäude Sandstraße 54 unter dem Gesichtspunkt der erhöhten Landesförderung zu.

Die Maßnahme ist in Kombination mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unter Einbeziehung der "Neuen Arbeit Siegerland" durchzuführen. Dabei sind geeignete Gewerke in Höhe von mindestens 20 % der Gesamtkosten durch die NAS zu erbringen.

Zu Erlangung einer größtmöglichen Kostensicherheit wird vor Baubeginn eine nahezu vollständige Ausschreibung (ca. 90 %) aller Gewerke erfolgen.

Die Vergabe der Bauleistungen erfolgt erst nach der Sicherstellung der Finanzierung

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. **Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V. **- Beratungsstelle für Suchtkranke****

Vorlage Nr. 1582/2001- Vorlage vom 21.11.2001

Herr Mues bittet namens der CDU-Fraktion, die Entscheidung zur diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkt zurückzustellen und zu beiden Vorlagen die Fallzahlen nachzureichen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die städtischen Leistungen in Abhängigkeit zu den Fallzahlen gestellt werden können bzw. ob eine Aufteilung in einen Grundbetrag und eine fallzahlengebundene Variable möglich ist. Die CDU-Fraktion möchte die Überprüfbarkeit der Leistungen sichergestellt wissen. Zur Vorlage Nr. 1583/01 sollte zusätzlich geprüft werden, inwieweit eine Betreuung nicht in Siegen ansässiger Personen vorgenommen und wie die finanzielle Beteiligung gestaltet wird.

Herr Kirchhöfer wirft die Frage auf, ob in Anbetracht des Zeitablaufes nicht doch eine substanzielle Überprüfung erforderlich ist und nicht nur eine Fortschreibung vorgenommen wird.

Herr Dr. Rohr führt aus, dass Jugendhilfeausschuss eine Reorganisation der Förderstrukturen initiiert hat, die u. a. eine Anpassung an den tatsächlichen Bedarf, regelmäßige Überprüfungen etc. beinhaltet. Wenn die Verhandlungsergebnisse nicht akzeptiert werden, sollte zunächst der Fachausschuss noch einmal beteiligt werden.

Herr Mues betont, dass insbesondere die Möglichkeit einer Aufteilung in einen Fixkostenanteil und einen fallzahlenabhängigen Anteil angestrebt werden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Frage der Betreuung auswärtiger Personen und die finanzielle Beteiligung Dritter. Gegen eine Zurückverweisung an den Fachausschuss bestehen keine Bedenken.

- ◆ Die Vorlage wird zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen zurückverwiesen.
- ◆ Die Vorlage wird zurück an den Fachausschuss verwiesen.

**7. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.
 - Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

VORLAGE NR. 1583/2001!!! Weil die schon archiviert war, musste eine neue Nr. vergeben werden.

Vorlagennr. 1583/2001- Vorlage vom 21.11.2001

Auf die Beratung unter Punkt 6 wird verwiesen.

- ◆ Die Vorlage wird zurück an den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen verwiesen.

8. Hilfe zur Arbeit (Kommunale Beschäftigungsförderung)

Bezugsvorlage Nr. 1413/01

Vorlagennr. 1744/2002

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**9. Haushalt 2001;
 hier: Entscheidung über die Bildung von Haushaltsresten im Jahresabschluss 2001**

Vorlagennr. 1771/2002 - Vorlage vom 20.02.2002

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Verwaltungsvorschlag insgesamt unausgewogen, so Herr Boller.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Bildung von Haushaltsresten nach den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt) der Vorlage zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung**10. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik**

Vorlagenr. 1770/2002 - Vorlage vom 21.02.2002

Herr Bürgermeister Stötzel führt aus, dass die Verwaltung heute eine Zwischeninformation zur Aufgabenkritik vorlegt und für weitere Vorschläge offen ist. Darüber hinaus wird ein halbjährlicher oder jährlicher Bericht über das weitere Vorgehen angeboten. Alle in der Konkretisierung befindlichen Maßnahmen werden mit dem Personalrat und der Gleichstellungsstelle abgestimmt. Neben den aufgelisteten Maßnahmen werden weiterhin mögliche Einsparpotentiale durch Organisationsuntersuchungen überprüft. Bei allen Bemühungen darf aber nicht unbeachtet bleiben, dass bereits erhebliche Einsparungen erzielt werden konnten. In Anbetracht der vorgegebenen gesetzlichen Aufgaben und der damit verbundenen Ausgaben, z. B. im Sozialetat, ist der Spielraum für Einsparungen verhältnismäßig begrenzt.

Herr Kirchhöfer nimmt Bezug auf die Präsenz der Verwaltungsbeschäftigten in Ausschusssitzungen (Maßnahme Nr. 111) und ist der Auffassung, dass eine Prüfung nicht erforderlich, sondern vielmehr durch den Bürgermeister eine Festlegung zu treffen ist. Zu Maßnahme Nr. 45 müsste kurzfristig ein Ergebnis möglich sein, da die Thematik bereits seit längerem diskutiert wird. In der Gesamtbetrachtung ist der Bericht für ihn nicht sonderlich zufriedenstellend und führt zu keinen neuen Erkenntnissen.

Herr Mues ist der Auffassung, dass die Beratung nur als 1. Lesung betrachtet werden kann. Inhaltlich zeigt der Bericht nur wenig Neues. Im Teil 1 hätte er umfassendere Vorschläge erwartet. Einige Maßnahmen im Teil 3 können seines Erachtens ohne größere Überprüfungen umgesetzt bzw. Aufgaben ausgelagert werden. Beispielsweise führt er die Nummern 7, 86, 88 und 109 an. Die übrigen Punkte sollten unter Berücksichtigung der notwendigen Beteiligungen zügig bearbeitet werden. Eine halbjährliche Berichterstattung hält er für sinnvoll.

Herr Schneider ist der Meinung, dass in einem vergleichbaren Wirtschaftsunternehmen eine Vielzahl von Maßnahmen bereits umgesetzt wäre. Bei der Maßnahme Nr. 14 ist zu bedenken, inwieweit der Stellplatznachweis für das Rathaus Geisweid erfüllt ist. Maßnahme Nr. 18 kann bei Sperrung bestimmter Nummern sofort realisiert werden, Maßnahme Nr. 115 bei Änderung der Reinigungsleistungen und Einführung kostenpflichtigen Nutzung. Die Begründung unter Maßnahme Nr. 17 ist für ihn nicht nachvollziehbar, diesbezüglich hält er eine erneute Prüfung für erforderlich.

Herr Bürgermeister Stötzel hält fest, dass im Vergleich zu früheren Jahren nicht mehr alle Serviceleistungen angeboten werden können, da die notwendigen Kapazitäten nicht mehr vorhanden sind. Er hält es für zweckmäßig, die gesamte Thematik auch im Hinblick auf die Beibehaltung bzw. Reduzierung von Standards im Ältestenrat noch einmal aufzuarbeiten. Gemeinsame Zielsetzung sollte einerseits die Umsetzung notwendiger Rationalisierungsmaßnahmen und andererseits der bestmögliche Service für die Bürgerinnen und Bürger sein.

- ◆ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den 1. Sachstandsbericht der Projektgruppe Aufgabenkritik zur Kenntnis und beauftragt den Bürgermeister, die aufgezeigten Maßnahmen weiterzubetreiben.